Stand: 15.12.2025 19:10:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6444

"Psychiatrische Versorgung von Migrantinnen und Migranten verbessern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6444 vom 06.05.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7518 des GP vom 07.07.2015
3. Beschluss des Plenums 17/7742 vom 21.07.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 21.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 06.05.2015 Drucksache 17/6444

Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

Psychiatrische Versorgung von Migrantinnen und Migranten verbessern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Leitlinien zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Migrantinnen und Migranten vorzulegen.

Diese Leitlinien sollen in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Expertinnen und Experten sowie den Verbänden von Migrantinnen und Migranten erarbeitet werden und insbesondere folgende Fragen und Themenstellungen behandeln:

– Entwicklung von interkulturellen Konzepten für Einrichtungen der psychiatrischen Versorgung;
– Einführung einer formalisierten Dolmetscherausbildung im Gesundheitsbereich nebst Fortbildungsangebote für Ärztinnen und Ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten, die auf den Einsatz von Dolmetschenden vorbereiten;
– Einsatz multikultureller professioneller Teams, um Arbeit in interkulturellen Situationen zu ermöglichen;
– einschlägige Fort- und Weiterbildung von Allgemeinmedizinerinnen bzw. -medizinern, da diese in der Versorgung von Migrantinnen bzw. Migranten die Hauptansprechpartnerinnen und -partner sind;
– Förderung von Forschungsvorhaben, die epidemiologische Daten zur psychischen Morbidität von Migrantinnen und Migranten sowie zum psychiatrisch-psychotherapeutischen Behandlungsbedarf in Bayern ermitteln;
– Entwicklung und Umsetzung sozialpsychiatrischer Ansätze, die die spezifischen Lebensumstände und Netzwerke von Menschen mit Migrationshintergrund einbezieht;
– Kooperation mit Migrationsdiensten, sowie die aktive Einbeziehung von Expertinnen und Experten der jeweiligen Kultur in die Hilfeplanung;
– Informationen über psychische Erkrankungen und das regionale gemeindepsychiatrische klinische und ambulante Versorgungsangebot durch muttersprachliche Medien.

Begründung:

In Bayern waren der „Zweite Bayerische Landesplan zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter“ aus dem Jahr 1990 sowie die „Grundsätze zur Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in Bayern“ aus dem Jahr 2006 („Psychiatriegrundsätze“) die maßgeblichen Versuche, im Sinne der Empfehlungen von Psychiatrie-Enquete und Expertenkommission steuernd auf die Entwicklung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung einzuwirken. Am 23. Februar 2011 fand im Landtag eine Anhörung zur „Situation der ambulanten, teilstationären und stationären psychiatrischen Versorgung im Freistaat Bayern“ statt. In einer Stellungnahme zu dieser Anhörung stellte die „Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Bayern“ (LAGFW) fest, dass sich – gemessen an den Zielen der Psychiatriegrundsätze – die psychiatrische Versorgung in Bayern seit 2007 nur in wenigen Bereichen im geforderten Maße weiterentwickelt habe. In dem Positionspapier bemängelte die LAGFW die mangelnde Konkretisierung und Verbindlichkeit der Psychiatriegrundsätze verbunden mit dem Fehlen einer auf Landesebene moderierenden und Ziele verfolgenden Instanz. Dies habe dazu geführt, dass in Bayern seit 2007 nur wenige Fortschritte bei der Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung erzielt wurden. Besonders eklatant ist dieses Defizit im Bereich der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Migrantinnen und Migranten.

Valide epidemiologische Zahlen zur psychischen Gesamtmorbidität von Migrantinnen und Migranten in Deutschland liegen nicht vor. Die mutmaßlich unterschiedlichen Morbiditätsrisiken der einzelnen Nationalitätengruppen sind nicht bekannt. Systematische Studien des Inanspruchnahmeverhaltens fehlen gleichermaßen. Es sollen daher Forschungsvorhaben durchgeführt werden, die diese Wissenslücken schließen und sich besonders auf kulturspezifische Ausprägungen psychiatrischer Krankheitsbilder konzentrieren. Kulturspezifische Unterschiede sollen dadurch erkannt und die daraus erwachsenden Gefahren der Fehlversorgung durch eine Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der psychiatrischen und psychotherapeutischen Regelversorgung überwunden werden. Eine Förderung praxisbegleitender Evaluation

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

kann ebenfalls dem Mangel an quantitativen Daten entgegenwirken.

Manche bei Migrantinnen und Migranten häufiger auftretende Beschwerden und Erkrankungen werden diagnostisch nur unzureichend erkannt und mit ungeeigneten Mitteln behandelt. Darüber hinaus leiden Arzt-Patient-Kontakte unter sprachlichen und inhaltlichen Verständigungsschwierigkeiten. Es fehlte oft an der Bereitschaft, sich auf die besonderen Bedürfnisse von Migrantinnen bzw. Migranten und auf eine kultursensible Wahrnehmung ihrer Problemlagen einzulassen.

Migrantinnen und Migranten suchen aufgrund ihres kulturell determinierten Krankheitsverständnisses mit einer Tendenz zur Somatisierung psychischer Leiden somatische Fachärzte auf, die die Chronizität und Schwere der psychischen Erkrankungen nicht erkennen. Die Betroffenen finden den Zugang zum psychiatrischen Versorgungssystem deshalb nicht. Auch bei richtiger Diagnosestellung wird häufig die Inanspruchnahme abgelehnt. Solche Migrantinnen und Migranten nehmen nur in Krisenfallsituationen psychiatrische Notfalldienste in Anspruch und halten sich im Übrigen von psychiatrischen Institutionen fern. Die Sprachbarriere bildet bei einigen Betroffenen zusätzlich eine hohe Schwelle für das Aufsuchen von psychiatrischen Institutionen.

Migrantinnen und Migranten sind als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen der psychiatrischen Versorgung unterrepräsentiert. Der Einsatz von Dolmetscherinnen und Dolmetschern in der therapeutischen und medizinischen Praxis ist noch immer von Improvisation gekennzeichnet. Interkulturelle ärztliche Professionalität setzt voraus, dass Therapeutinnen sowie Therapeuten und Ärztinnen sowie Ärzte Grundwissen über kulturelle Aspekte des gesundheits- und Krankheitsverständnisses, über das kulturspezifische Verhältnis der Patientinnen und Patienten zur Medizin, Krankheitsdeutungen, etc. besitzen und aus diesem Verständnis heraus geeignete Übersetzerinnen und Übersetzer, Dolmetscherinnen oder Dolmetscher einsetzen. Dolmetschervermittlung, Fort- und Weiterbildung, die Durchführung von Kursen zur gesundheitlichen Information mit jeweils muttersprachlicher Kompetenz sowie die Gewährleistung der notwendigen Qualitätsstandards sind daher besonders wichtig und sollten in den Einrichtungen gewährleistet sein. Im interkulturellen Kontext muss das Ziel von Fortbildung, Supervision und Schulung sein, Fähigkeiten zu vermitteln, die es ermöglichen, kulturspezifische Unterschiede zu erkennen und zu akzeptieren.

Das geplante Psychisch Kranken-Hilfe-Gesetzes ist allein nicht geeignet, die spezifischen Problemstellungen der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung dieser Zielgruppe zu lösen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 07.07.2015 **Drucksache 17/7518**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Drs. 17/**6444**

Psychiatrische Versorgung von Migrantinnen und Migranten verbessern!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**
Mitberichterstatter: **Bernhard Seidenath**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 9. Juni 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 25. Juni 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 7. Juli 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 21.07.2015 **Drucksache** 17/**7742**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

Drs. 17/**6444**, 17/**7518**

Psychiatrische Versorgung von Migrantinnen und Migranten verbessern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen! – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank: Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie
COM(2015) 80 final BR-Drs. 71/15
Drs. 17/6322, 17/7405 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	A

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Erreichung des Stromverbundziels von 10 Prozent - Vorbereitung des europäischen Stromnetzes auf 2020
COM(2015) 82 final
BR-Drs. 73/15
Drs. 17/6323, 17/7406 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umgang mit Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft und der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) angesichts des Klima- und Energierahmens der EU bis 2030
25.03.2015 – 17.06.2015
Drs. 17/6529, 17/7369 (ENTH)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Halbzeitbewertung des Verkehrsweißbuchs von 2011
10.03.2015 – 02.06.2015
Drs. 17/6530, 17/7407 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Öffentliche Konsultation im Rahmen des „Eignungstests“ der Naturschutzvorschriften der EU (Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie)
30.04.2015 – 24.07.2015
Drs. 17/6833, 17/7573 (G)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lebensunterhalt für volljährige Menschen mit Behinderung sichern – Urteile des Bundessozialgerichtes zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umsetzen
Drs. 17/5608, 17/7499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zu den Problemen der bayerischen Betriebe mit der Umsetzung des Mindestlohns
Drs. 17/6018, 17/7562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Jugendschutz bei E-Zigaretten, E-Shishas u.ä.
Drs. 17/6031, 17/7500 (E)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLtGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung professionell gestalten
Drs. 17/6204, 17/7530 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgernahe Justiz – Beibehaltung der amtsgerichtlichen Zweigstellen
Drs. 17/6223, 17/7513 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Betreuung in JVA-Krankenabteilungen sicherstellen
Drs. 17/6320, 17/7514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Bündnisse für Familien - Einbeziehung von pflegenden Angehörigen
Drs. 17/6410, 17/7516 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Elektromobilität durch steuerliche Förderung voranbringen
Drs. 17/6417, 17/7539 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Psychiatrische Versorgung von Migrantinnen und Migranten verbessern!
Drs. 17/6444, 17/7518 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
„Riegel Dich Sicher!“
Drs. 17/6457, 17/7240 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Klaus Adelt SPD
Aufstockung der Mittel für die Ausgleichsleistung für Biberschäden
Drs. 17/6552, 17/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Kennzeichnungspflicht für torfhaltige Produkte
Drs. 17/6558, 17/7575 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Flüchtlingsunterkünfte: Kommunen unterstützen – Nutzbarkeit von Bundes- und Landesimmobilien prüfen
Drs. 17/6559, 17/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
B85 – Zeitnahe Realisierung der Ortsumfahrung Neubäu
Drs. 17/6580, 17/7483 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung des Mindestlohns V: Auftreten von Zollbeamten bei der Mindestlohnkontrolle
Drs. 17/6584, 17/7484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung des Mindestlohns VI: Sonderregelung für mitarbeitende Familienangehörige in der Landwirtschaft schaffen
Drs. 17/6585, 17/7566 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

22. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Kommunen bei Bergrechtsverfahren mit einbeziehen
Drs. 17/6613, 17/7318 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Abschaffung von Roaming-Gebühren
Drs. 17/6651, 17/7505 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Aushändigung medizinischer Befunde der Asylbewerber-Erstuntersuchung
Drs. 17/6659, 17/7519 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulverpflegung verbessern
Drs. 17/6722, 17/7569 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Praxistaugliche Regulierung von Sportwetten
Drs. 17/6729, 17/7541 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Kinder und Jugendliche stark machen IV:
Gesundheitsförderliches Verhalten in der Schwangerschaft aktiv bewerben
Drs. 17/6731, 17/7520 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung über die Situation der Hospiz-Einrichtungen in Bayern
Drs. 17/6733, 17/7521 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufklärung über den Umgang mit streikenden (angestellten) Lehrkräften
Drs. 17/6735, 17/7487 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prästationäres MRSA-Screening bei planbaren Krankenhausaufenthalten einführen – Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts umsetzen!
Drs. 17/6738, 17/7523 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Angelika Schorer, Martin Schöffel u.a. CSU
Beibehaltung des bestehenden Systems der Lebensmittelkontrollen
Drs. 17/6746, 17/7576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

32. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Müller, Herbert Woerlein u.a. SPD
Anbindehaltung in der Milchviehhaltung nicht verbieten – Schutz unserer bayerischen, bäuerlichen Strukturen
Drs. 17/6785, 17/7578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

33. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Alkoholsucht bekämpfen
Drs. 17/6803, 17/7524 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU)
Vorsorge bei psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz
Drs. 17/6831, 17/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Berichtsantrag zum Online-Handel mit Spender-Muttermilch und Muttermilchbanken
Drs. 17/6852, 17/7526 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht über eine stärkere Einbeziehung von Heilmittelerbringern in die Gesundheitsversorgung
Drs. 17/6853, 17/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Aktionsplan gegen übermäßigen Zuckerkonsum von Kindern vorlegen!
Drs. 17/6854, 17/7528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Anordnung durch das Gesundheitsministerium zum Hausarztvertrag mit der AOK Bayern sicherstellen!
Drs. 17/6855, 17/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	ENTH

39. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Erdrutsch in Oberstdorf – Schutzmaßnahmen vor Extremwetterereignissen und ihren Folgen
Drs. 17/7089, 17/7577

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betreuung von Flüchtlingskindern in bayerischen Kindertagesstätten sicherstellen – Sonderprogramm für niedrigschwellige Übergangsangebote auflegen
Drs. 17/6545, 17/7501 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z